wälzung aus dem Reiche und den Einzelstaaten geworden wäre, wenn Deutschland nicht über einen so starken und zuverlässigen Stamm von tüchtigen Fachbeamten verfügt hätte, die sich mit selbstloser Hingabe, vielfach unter dem schweren Opfer ihrer politischen Ueberzeugung, bereit finden ließen, ihren Dienst weiter zu versehen, ohne nach rechts oder links abzuschweifen, den Blick nur geradeaus auf den kategorischen Imperativ ihrer Pflicht gerichtet. Wenn das alte Regime, wie man ihm fälschlich vorwirft, nur auf die Züchtung konservativer Gesinnung unter der Beamtenschaft bedacht gewesen wäre und nur politische Parteigänger angestellt hätte, dann hätten alle diese einseitig orientierten Parteipolitiker im November 1918 mit einem Schlage den Dienst verweigert und den Staat dem Chaos überliefert. Zum Glück aber waren die Beamten im Reiche und in den Einzelstaaten von anderem Schrot und Korn. Nicht als konservative Parteipolitiker, sondern als pflichttreue Fachbeamte verwahrten sie sich, die dem Reiche über seine schwere Daseinskrise hinweghalfen und sich dadurch den unauslöschlichen Dank der Nation verdienten. Die Leistungen der Fachbeamtenschaft in jener schicksalsvollen Zeit, als die Existenz des Reiches auf des Messers Schneide stand, sind so überwältigend eindrucksvoll, daß auch die einsichtigen und gerecht urteilenden Kreise der Mehrheitssozialdemokratie wiederholt ihre rückhaltlose Anerkennung dafür ausgesprochen haben. Insbesondere hat der verflossene sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer wiederholt sich in diesem Sinne geäußert, und er hatte auch die größte Achtung vor dem Wissen und Können eines Fachbeamten, wie seine auf der sozialdemokratischen Landeskonferenz in Meißen getane Aeußerung beweist, „er getraue sich wohl, das Amt eines politischen Ministerpräsidenten zu übernehmen, nicht aber das eines Amtshauptmanns, weil zu einem solchen Verwaltungsamt unbedingt Fachkenntnisse erforderlich seien". Diese Auffassung müßte die gesamte Mehrheitssozialdemokratie sich zu eigen machen und danach handeln, wenn sie klar und unzweideutig dem allgemeinen Staatswohl ihr Partei-Interesse unterordnen wollte. Ist sie bei uns in Sachsen wirklich dazu bereit, so kann sie nichts Besseres tun, als im Einvernehmen mit der Beamtenschaft die geforderten bindenden Grundsätze aufzustellen, kraft deren Fachämter nur mit solchen Beamten besetzt werden dürfen, die über die notwendige fachwissenschaftliche Schulung und praktische Ausbildung und Erfahrung verfügen.

Zu den Putschgerüchten.

Berlin, 27. Mai. Der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit, Weismann, sprach heute vor Pressevertretern über die Putschgerüchte von links und rechts. Die Gefahren seien stark übertrieben worden. Die U. S. P. D. denke nicht daran, einen Gewaltstreich anzuzetteln. Sie habe sich auf den Boden der Verfassung gestellt und sei der Ansicht, daß die Wahlen sie sehr stark machen würden. Die Partei habe schon aus diesem Grunde nicht die geringste Veranlassung, einen Putsch zu unterstützen. Auch die Kommunistische Partei habe sich seit langem auf den Standpunkt gestellt, jeden Gewaltstreich zu verwerfen. Sie beteilige sich an den Wahlen. Von Bedeutung sei die Tatsache, daß die K. P. D. sich geteilt und eine neue Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei, sich gebildet habe. Diese stehe auf dem Gewaltstandpunkte. Wiederholt sei aus ihren Kreisen zum Ausdruck gebracht worden, daß man mit Gewalt erzwingen müsse, was auf legalem Boden nicht erreichbar sei. Man dürfe aber nicht vergessen, meinte Herr Weismann, daß die K. A. P. D. nur eine kleine Anhängerschaft besitze. Sollte von ihrer Seite tatsächlich ein Putsch unternommen werden, so würde es ein leichtes sein, ihn niederzuschlagen.

Herr Weismann wandte sich dann zu den Gerüchten, nach denen die radikale Rechte mit Putschabsichten umgehen soll. Er bestritt entschieden, daß ein in allen Teilen organisierter zweiter Kapp-Putsch vor der Tür stehe. In Gutsbesitzerkreisen rechnet man sehr stark mit einem großangelegten Gewaltakt der K. P. D. Sie hätten deshalb zum Teil ihre Waffen behalten. Nichts sei verkehrter, als jeden Gutsbesitzer, der Waffen besitze, für einen Vaterlandsfeind oder politischen Gegner zu halten. Herr Weismann ist in der Ueberzeugung gekommen, daß die Leute nichts weiter wollen, als sich selbst zu schützen.

Der Reichskommissar forderte restlose Abrüstung aufgelöster Verbände, jedoch drohe eine andere Gefahr, die durchaus nicht leicht zu nehmen sei. Diese gehe von in der Auflösung begriffenen Formationen der Freikorps aus. Hier habe man es mit Leuten zu tun, die um ihre wirtschaftliche Existenz kämpften und daher sehr leicht jeder Agitation und Hetze zugänglich sind. Die Rechtsparteien ständen allerdings jedem Putsch fern. Redner gab aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch Putschgefahren aus diesen Kreisen leicht überwunden werden könnten, wenn für die Zukunft der Mannschaften gesorgt sei.

Scheidemann — Oberbürgermeister von Groß-Berlin?

Berlin, 27. Mai. Die Deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet, daß zum Oberbürgermeister der künftigen Stadtgemeinde Groß-Berlin u. a. der Führer der Mehrheitssozialdemokratie Scheidemann, der gegenwärtig in Kassel an der Spitze der Stadtverwaltung steht, in Aussicht genommen sei. Seine Wahl soll auch bei den Unabhängigen Unterstützung finden. Daneben wird noch Oberbürgermeister Wermuth und Staatssekretär Dr. Freund, der Schöpfer des Groß-Berliner Gesetzes, empfohlen.

Das Mandat über Danzig.

Danzig, 26. Mai. Der Danziger Oberbürgermeister Sahm tritt in einer öffentlichen Erklärung einem Artikel entgegen, der in einem Königsberger und einem Berliner Blatt erschienen ist. Aus der Erklärung geben wir folgendes wieder:

„Die „Berl. Börsenztg." und die „Königsb. Hartungsche Ztg." bringen gleichzeitig einen im Wortlaut übereinstimmenden Artikel, der in der „Berl. Börsenztg." die Sensationsüberschrift trägt: „Das Ende der Danziger Freistaatherrlichkeit!" In diesem Artikel wird geheimnisvoll von einem Mandat des Völkerbundes über Danzig orakelt. Ein solches Mandat existiert nur in der Einbildung des Verfassers. Der Friedensvertrag, der doch allein ausschlaggebend sein muß, kennt ein derartiges Mandat nicht; es kann also auch nicht Norwegen das Mandat abgelehnt haben und noch weniger der Oberste Rat genötigt sein, Polen wegen Ausübung dieses Mandats anzugehen. Der Friedensvertrag sieht nur vor, daß vom Völkerbund ein Oberkommissar für die freie Stadt Danzig bestimmt wird.

Amerikas armenisches Mandat.

Rotterdam, 27. Mai. Die Botschaft Wilsons betreffend die Uebernahme des armenischen Mandats stößt laut „Rotterd. Courant" im Repräsentantenhause auf größeren Widerstand, als dies bei irgend einem anderen Vorschlag Wilsons je der Fall war. Senator Smooth sagte, im ersten Jahre würden 59 000 Mann und 100 Millionen Dollars notwendig sein. William Bryan hielt den Antrag für unannehmbar, da die Kosten enorm seien und die Vereinigten Staaten in europäische Fragen verwickelt werden würden. „Newyork Sun" und „Newyork Herald" teilen diese Ansicht und bekämpfen in Leitartikeln den Plan. (W. T. B.)

Die belgische Militärdienstzeit.

Basel, 27. Mai. Wie aus Paris berichtet wird, hat die belgische Regierung beschlossen, die Militärdienstzeit für alle Waffengattungen auf 18 Monate festzusetzen.

Deutsche Proteste gegen die tschechische Präsidentenwahl.

Prag, 27. Mai. In gemeinsamer Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik wurde heute die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 417 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 284 auf Dr. Masaryk lauteten. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten leere Stimmzettel abgegeben. Dr. Masaryk ist somit gewählt. (W. T. B.)

Prag, 27. Mai. Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Partei hatten gestern in gemeinsamer Sitzung Stellung zur Wahl des Präsidenten genommen und einmütig den folgenden Beschluß gefaßt: Die Mitglieder beider Klubs werden bei der Wahl des Präsidenten leere Stimmzettel abgeben. Dieser Beschluß richtet sich nicht gegen die Person Masaryks. Dieses Amt ist mit einer solchen Machtfülle ausgestattet und gibt der Person des Präsidenten eine so überragende Gewalt gegenüber der Volksvertretung, daß darin eine wesentliche Einschränkung der Demokratie erblickt werden muß.

Prag, 27. Mai. (Tschechoslowak. Pressebureau.) Der Deutsche Parlamentarische Verband nimmt zur Wahl des Präsidenten der Republik folgende Stellung ein: Die Abgeordneten und Senatoren des Deutschen Parlamentarischen Verbandes lehnen es grundsätzlich ab, die im Widerspruch mit der Demokratie und der Selbstbestimmung oktroyierte Verfassung, auf deren Grundlage die Präsidentenwahl stattfinden soll, jetzt anzuerkennen. Der Verband benützt die erste gegebene parlamentarische Gelegenheit, um hiermit feierlichst vor aller Welt gegen die Verleugnung der Geschichte und die den Deutschen widerfahrene Beleidigung Verwahrung einzulegen. Er fordert die Anerkennung, daß die Deutschen gleichberechtigte Staatsbürger, ein Staatsvolk wie die Tschechen und keinesfalls eine Minderheitsnation sind. (W. T. B.)

Die italienisch-südslawischen Verhandlungen.

Basel, 27. Mai. Wie aus Mailand berichtet wird, gedenkt der italienische Minister des Aeußeren, Scialoja, nächstens nach Palanca zu reisen, um dort die Verhandlungen mit den Südslawen wieder aufzunehmen. Man glaubt, sein endgültiges Ergebnis schon Anfang nächster Woche erwarten zu dürfen.

Bürgerkrieg in Teschen.

Teschen, 27. Mai. Im hiesigen Gebiet ist der offene Bürgerkrieg ausgebrochen. Seit gestern früh tobt in der Gegend von Karwin ein Feuergefecht. Nach einem Ueberfall auf eine tschechische Gendarmerieabteilung im Walde von Dombrau besetzten die Polen die Schutthalde des Johannesschachtes, welche Stellung sie bis jetzt noch inne haben. Auf beiden Seiten sind die Verluste an Toten und Verwundeten groß. Es werden fortgesetzt neue Opfer gemeldet. Die tschechischen Arbeiter in Polnisch-Ostrau eilten ihren Kameraden in Karwin zu Hilfe, so daß mit einer weiteren Ausdehnung der Kämpfe gerechnet werden muß.

Wien, 27. Mai. Wie die Blätter aus Mährisch-Ostrau melden, wurden bei dem Zusammenstoß zwischen tschechischen Gendarmen und streikenden polnischen Arbeitern im Walde zwischen Karwin und Dombrau zwei Gendarmen getötet. Auf polnischer Seite wurden drei Personen getötet und fünfzehn verwundet. (W. T. B.)

Durchfuhr tschechischer Truppen durch Deutschland

Hamburg, 27. Mai. Zur Blätterumeldung, daß der japanische Dampfer „Mount Vernon", der deutsche und österreichische Kriegsgefangene von Wladiwostok durch Hamburg bringt, auch 3000 bewaffnete Tschecho-Slowaken an Bord habe und daß die Heimkehrerstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gegen die Landung in Hamburg Einspruch erhoben habe, teilt die hiesige Vertretung der tschecho-slowakischen Regierung mit, daß auf Grund einer zwischen ihr und der deutschen Regierung getroffenen Vereinbarung die Tschechen in Cuxhaven gelandet und unverzüglich mit der Bahn nach Teschen weiterbefördert werden sollen. Der Dampfer wird am Donnerstag vormittag in Cuxhaven erwartet werden. (W. T. B.)

Die Ueberwachung der Auslandstelegramme

Berlin, 27. Mai. Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Ueberwachung des privaten Telegrammverkehrs nach dem Auslande ist nun durch einen an alle Dienststellen ergangenen Erlaß des Reichsministeriums verfügt worden. Als überwachende Organe gelten die Aufgabestellen der Telegramme, denen es obliegt, Depeschen verdächtigen Inhalts der nächsten Postüberwachungsstelle in Abschrift zu übermitteln, ohne jedoch die Beförderung zu verzögern. Der Erlaß ist einer Forderung des Reichsfinanzministeriums entsprungen, das dadurch wirksamer als bisher die Kapitalflucht nach dem Auslande, die Verschiebung von Gold und Wertpapieren im Kettenhandel und die anderen unerfreulichen Folgeerscheinungen unseres Finanzelends zu treffen gedenkt. Wie auf Anfrage im Reichspostministerium mitgeteilt wird, soll die neue Ueberwachungsbestimmung mit äußerster Strenge, aber unter keinen Umständen schikanös durchgeführt werden. Das Ministerium legt den größten Wert auf die Feststellung, daß keineswegs an eine Zensur nach politischen Gesichtspunkten gedacht worden ist.

Der Mittellandkanal.

Berlin, 27. Mai. Aus dem preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten wird der „Dena" mitgeteilt: Durch einen kürzlich gefaßten Beschluß des preußischen Staatsministeriums ist der lange und hartnäckige Streit darüber, ob der Mittellandkanal zwischen Hannover und Magdeburg auf der Mittel- oder Südlinie zu erbauen sei, zugunsten der Mittellinie entschieden, nachdem von 6 Bezirkswasserstraßen-Beiräten 5 sich in diesem Sinne ausgesprochen hatten, und der gesamte Wasserstraßen-Beirat ebenfalls fast einstimmig für die Mittellinie eingetreten war. In der Sache hat die Mittellinie den Vorzug, daß sie den Osten und Westen auf dem kürzesten und billigsten Wege verbindet, während die Südlinie einen längeren Weg macht, einen größeren Höhenunterschied überwindet und mehr Schleusen hat, dafür aber eine reichere und entwicklungsfähigere Gegend erschließt und den mitteldeutschen Nachbarstaaten Sachsen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig den Anschluß erleichtert. Die Vorlage des Mittellandkanals in der Mittellinie wird in allernächster Zeit dem preußischen Landtag zugehen und von ihm wahrscheinlich sehr bald verabschiedet werden. Freilich ist eine endgültige Entscheidung in der Sache noch nicht gegeben, denn Preußen wird in den wenigen Monaten bis zur Abgabe seiner Wasserstraßen an das Reich den Kanal nicht bauen können. Im Reichstag werden dann auch die Interessen der Nachbarstaaten zum Ausdruck kommen.

Keine dänische Milcheinfuhr mehr?

Berlin, 27. Mai. Wie die „Dena" aus unterrichteten Kreisen erfährt, haben die deutschen Abnehmer ihre dänischen Milchlieferanten auf Lolland und Falster ersucht, bis auf weiteres die Milcheinfuhr einzustellen. Dieser Schritt wird damit begründet, daß in den letzten Tagen die Milchversorgung der deutschen Großstädte infolge der bereits erfolgten Aufgabe der Kriegsfütterung günstiger geworden sei. Die dänischen Zufuhren, die einen bedeutenden Zuschuß aus Reichsmitteln bedingen, dürften daher vorderhand entbehrlich erscheinen. (?)

Sauerkraut und Bauernstreik.

Aus Stuttgart wird der „Tägl. Rdsch." geschrieben:

Die südlich von Stuttgart gelegene Filderebene ist nicht nur bekannt durch Echterdingen mit dem Zeppelin-Unglück, sondern auch durch das ausgezeichnete Kraut, das dort gebaut wird. Dieses Filderkraut ist ein Leckerbissen, und niemals, namentlich nach Blockade und Hungerjahren, hätte man sich träumen lassen, daß die Gabe Gottes einmal zum Düngen der Felder (!) verwendet werden würde. Eine Berliner Kriegsgesellschaft hat es aber dennoch dahin gebracht! Es war ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der, wohl aus Wahlrücksichten, an den württembergischen Ernährungsminister, den Eisenbahnsekretär und Zentrumsmann Graf, eine Anfrage richtete, die als wertvoller Beitrag zum Kapitel „Kriegsgesellschaften" festgehalten werden muß. Sie lautet:

Ist dem Herrn Ernährungsminister bekannt, daß in mehreren Fildergemeinden beträchtliche Mengen Sauerkraut, die dort auf Rechnung der zuständigen Reichsstelle zum Teil schon im Jahre 1918 eingelagert und seither auf deren Rechnung und Verantwortung aufbewahrt wurden, weil für die menschliche und tierische Ernährung nicht mehr geeignet, zur Düngung der Felder verwendet wurden? Ist dem Herrn Ernährungsminister weiter bekannt, daß die Betriebe, die die Aufbewahrung dieser zugrunde gegangenen Nahrungsmittel übernommen hatten, die Reichsstelle für Obst und Gemüse und deren Rechtsnachfolger, den Sauerkrautverwertungskonzern, wiederholt um die Erlaubnis gebeten haben, das Kraut absetzen zu dürfen, als es noch für die menschliche Ernährung geeignet und begehrt war, daß aber die Erlaubnis verweigert wurde? Ist dem Herrn Ernährungsminister ferner bekannt, daß inzwischen die genannten Gesellschaften an die Aufbewahrer des Krauts aus dem Jahre 1918 mit der Frage herangetreten sind, wie am besten und unauffälligsten dessen Vernichtung bewerkstelligt und außerdem erreicht werden könne, daß der Sauerkrautverwertungskonzern möglichst vor Schaden bewahrt werde? Was gedenkt der Herr Ernährungsminister zu tun, um dahin zu wirken, daß dieses Verbrechen am Volke seine Sühne findet?

Herr Graf wird nicht leicht Antwort geben können; was ist ein Minister gegenüber einer Kriegsgesellschaft? Aber die schwäbischen Bauern regen sich und sprechen ein kräftiges und deutsches Wort. Die ganze, aus der Unfähigkeit der heute Regierenden herausgewachsene Erbitterung kam unverblümt zum Ausdruck in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern, die am 19. Mai in Stuttgart tagte. Der auf Wahlreisen befindliche Ernährungsminister konnte hier natürlich nicht antworten, dafür aber holte sich die Versammlung während der Sitzung das württembergische Staatsoberhaupt, den Sozialdemokraten Wilhelm Blos, der anzutreffen war, wohl weil er wegen Altersbeschwerden die Anstrengungen von Wahlreisen nicht mehr auf sich nehmen kann. Herr Blos hat mancherlei zu hören bekommen! Die Bauern erwägen den Streik, der „seit der Revolution zum landesüblichen Mittel zur Durchsetzung von Forderungen geworden sei". Die Versammlung beschloß die Einsetzung eines besonderen Ausschusses, der einen „etwa notwendig werdenden Lieferungsstreik" vorbereiten soll, und alle Ausführungen, die von verschiedenen Rednern zu diesem Thema gemacht wurden, fanden tosenden Beifall. Die Anmaßung der Gewerkschaften, das kam immer wieder zum Ausdruck, ist es im Verein mit der Schwäche und der Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Forderungen von dieser Seite, aus der die erbitterte Stimmung der Bauern hervorgewachsen ist.

Zu dem Tuchgeschäft der Sicherheitspolizei.

Köln, 27. Mai. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg." hat die englische Firma Clelland-Köln, der die Tuchlieferung für die Sicherheitspolizei unter Umgehung billigerer Angebote deutscher Firmen übertragen worden war, auch andere Geschäfte zweifelhafter Art gemacht. Sie hatte noch im Dezember 1919 einen beträchtlichen Posten des gleichen Stoffes einer Kölner Firma zum Preise von 555 Mark das Meter angeboten, fest verkauft und nicht geliefert. Die „Köln. Ztg." empfiehlt, dem Gebaren der Firma Clelland nachdrückliche Aufmerksamkeit zuzuwenden und Erkundigungen einzuziehen, was aus den der Kölner Firma angebotenen Stoffen geworden ist.

Die Arbeitslosigkeit.

Berlin, 27. Mai. Wie das Reichsarbeitsministerium in einem Telegramm an die Regierungen der Länder zum Ausdruck gebracht hat, ist die Arbeitslosigkeit, die durch den gegenwärtigen Umschwung der wirtschaftlichen Konjunktur verursacht wird, als Kriegsfolge im Sinne des § 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge anzusehen. In derartigen Fällen ist daher Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

Genf Sitz des Völkerbundes.

Genf, 27. Mai. Zu dem Gerüchte, daß in Rom beschlossen worden sei, den Sitz des Völkerbundes nicht nach Genf, sondern etwa nach Florenz oder Brüssel zu verlegen, wird von gut unterrichteter Genfer Seite bemerkt, daß davon keine Rede sein könne. Einzelne Bureaus sollen allerdings, da sie nicht alle gleichzeitig in Genf unterzubringen sind, dorthin verlegt werden, wo entsprechende Räume zur Verfügung stehen. In Wien könnten einzelne Schlösser in den Dienst des Völkerbundes gestellt werden. Die Zentrale und die Hauptbureaus kommen jedoch nach Genf, wenn auch durch das Zögern der Schweiz und die starke Gegenaktion gewisser schweizerischer Kreise die Gegner Genfs im Völkerbund wieder etwas lebendiger geworden sind.

Die Ratifizierung des österreichischen Friedensvertrages durch Frankreich.

Paris, 26. Mai. Bei der Aussprache über die Genehmigung des Friedensvertrages von St. Germain in der Kammer wurde bemerkt, daß der englische Schatzkanzler erklärt habe, der Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain hindere Oesterreich nicht am Anschluß an Deutschland. Millerand betonte, daß der Artikel 80 des Vertrages von Versailles und Artikel 88 des Vertrages von St. Germain bestimmen, daß von einem Zusammenschlusse Oesterreichs und Deutschlands nur die Rede sein könne, wenn der Völkerbund einhellig zustimme.

Die Kammer hat die Ratifikation des Friedensvertrages von St. Germain durch Handaufheben angenommen. (W. T. B.)

Die französischen Gewerkschaften und der Versailler Vertrag.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 27. Mai. Der Lyoner „Progrès" meldet aus Paris, daß der Beschluß der französischen Gewerkschaften, die direkten Beziehungen zu den deutschen Genossen wieder aufzunehmen, mit Stimmenmehrheit gefaßt wurde und mit dem Zusatze, daß die Wiederaufnahme unter der Voraussetzung erfolge, daß die deutschen Genossen für die künftige Erfüllung des Versailler Vertrages durch Deutschland eintreten. (!)

Die deutschen Gewerkschaften müssen, wenn sie ehrlich sein wollen, den Franzosen erklären, daß sie Unmögliches verlangen.

Ein französisch-belgisches Bündnis.

Amsterdam, 27. Mai. Wie der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, werden Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien über ein militärisches Bündnis geführt. (W. T. B.)

Nitti über die Vertagung von Spa.

Mailand, 27. Mai. „Secolo" vernimmt aus Rom, daß Nitti in der Mittwochsitzung des Ministerrats bei Behandlung der Frage der Einberufung der Konferenz von Spa erklärt habe, daß er für die Verschiebung der Konferenz auf den Monat Juli sei. Er glaube, daß die Alliierten sich seinen Wünschen anschließen würden. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.